

Oktober 2020

# Länderbericht

Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus



## Bergkarabach – der unendliche Krieg im Südkaukasus

---

*Dr. Thomas Schrapel*

Seit fast einer Woche gilt eine „unbefristete Waffenruhe“ im aserbaidjanisch-armenischen Krieg. In Moskau und im Beisein des Außenministers der Russischen Föderation wurde diese Kampfpause ausgehandelt. Von einem Waffenstillstand sind die Parteien weit entfernt. Ziel sei es zunächst, gegenseitig Gefangene und die Leichen der Getöteten zu übergeben. Ist nun wieder alles beim Alten und der Konflikt zumindest „eingefroren“?

### Ein heißer „frozen conflict“

Keineswegs, denn schon unmittelbar nach dem vereinbarten Beginn der „Waffenruhe“ wurde weitergekämpft. Deshalb muss man leider davon ausgehen, dass es mit Sicherheit kein dauerhafter oder auch nur „unbefristeter“ Frieden ist. Auch dieser Waffengang hat bisher keinerlei Ansatzpunkte für eine Lösung gezeigt. Kompromisse sind offenkundig nicht vorgesehen. Die massive direkte Einflussnahme der Türkei bei diesem Waffengang hat die Probleme eher noch mehr verschärft. Es sollte zu denken geben, dass der türkische Präsident mögliche künftige Verhandlungen über diesen Konflikt „nicht vom Westen“ geführt sehen möchte. Das würde bedeuten, dass die sogenannte „Minsk-Gruppe“ innerhalb der OSZE, die bisher für die Verhandlungen zuständig war, von der Türkei nicht anerkannt würde, denn da führen neben Russland noch Frankreich und die USA den Ko-Vorsitz. Klar ist aber auch, dass de facto Russland dabei primus inter pares ist. Der Rückzug der USA aus dieser Region, der übrigens nicht erst seit der Trump-Administration zu beobachten ist, hat zwar Russlands Rolle innerhalb der Minsk-Gruppe gestärkt. Das heißt aber längst nicht, dass Russland den Kriegsparteien alles diktieren könnte. Russlands Rolle in diesem Konflikt wird derzeit eher überschätzt. Aserbaidjans Außenminister J. Bayramov kündigte bereits an, diese Waffenruhe würde nur solange gelten, bis „...der Austausch der Leichen...“ geregelt sei.

### Zivilbevölkerung unter Beschuss

Die neue – fatale – Qualität der jüngsten Kriegshandlungen besteht u.a. darin, dass nicht mehr nur an der Demarkationslinie zur Provinz Bergkarabach gekämpft wird, sondern gegenseitig Ziele auf den Territorien Aserbaidjans außerhalb Bergkarabachs und umgekehrt der Republik Armenien attackiert werden. Aserbaidjanische Geschosse landeten auf dem Territorium der Republik Armenien und danach auch armenische auf dem Territorium Aserbaidjans. Von Beginn an wurden Siedlungen in der armenischen Regionen Tavush mit den wirtschaftlichen und kulturellen Zentren Idjevan und Dilidjan ebenso angegriffen wie Ortschaften am Sewan-See in der Provinz Gegharkunik. Stepanakert, die Hauptstadt von Bergkarabach, liegt weiterhin unter heftigem Beschuss durch aserbaidjanische Streitkräfte. Andererseits haben armenische Truppen nach eigenen Angaben den Flughafen der Stadt Gandja in Aserbaidjan bombardiert und danach die Stadt wiederholt angegriffen. In beiden Ländern gilt der Kriegszustand. Neben zahlreichen militärischen sind bereits viele zivile Opfer auf beiden Seiten zu beklagen. Seit Beginn der Kampfhandlungen am Sonntag, 27. September verbringen tausende Zivilisten, insbesondere

Frauen und Kinder, die meiste Zeit in Luftschutzbunkern. Freiwillige aus Armenien, darunter auch viele Frauen, streben an die sogenannte „Kontaktlinie“ nach Bergkarabach. Für die Einwohner von Yerevan ist es derzeit schwierig, Busse der Verkehrsbetriebe zu nutzen, weil die im Einsatz sind, um diese Freiwilligen nach Bergkarabach zu bringen. Im Vergleich zu früheren Waffengängen kommen immer mehr der modernsten Waffensysteme zum Einsatz, wie beispielsweise Drohnen, die mit extrem hoher Präzision ihre Ziele attackieren und zerstören. Und dabei werden immer öfter zivile Ziele der Infrastruktur ins Visier genommen.

## Südkaucasus – prekäre ethno-territoriale Konflikte

Der fast 30 Jahre dauernde Kriegszustand zwischen Aserbaidschan und Armenien war zwar nie wirklich ein „frozen conflict“, wie es von internationalen Beobachtern und Vermittlern gern etwas euphemistisch dargestellt wird. Immer wieder kam es zu massiven Schusswechseln mit zahlreichen Opfern auf beiden Seiten, zuletzt im Mai 2016 und im Juli dieses Jahres. Doch noch nie war das Risiko eines sich schnell und unkontrolliert ausbreitenden Flächenbrandes so groß wie seit Beginn der Kampfhandlungen vor einer Woche. Ganz offen beteiligt sich die Türkei an der Seite des aserbaidischen „Brudervolkes“ an den Auseinandersetzungen und zwar mit massiver personeller und materieller sowie exzessiver propagandistischer Unterstützung. Armenischen Berichten zufolge sollen auf Seiten der Aserbaidschaner auch syrische Söldner im Einsatz sein, die demnach nur mit Hilfe der Türkei in das Kriegsgebiet gelangt sein könnten. Das Agieren von Söldnern aus Syrien und Libyen bestätigten sowohl das russische Außenministerium als auch das Pentagon in Washington. Mehrere Statements des türkischen Präsidenten befeuern immer wieder die kriegerischen Auseinandersetzungen. Mehrfach riefen offizielle Vertreter der Türkei Aserbaidschan offen dazu auf, Bergkarabach zu erobern! Das ist nicht mehr nur eine weitere Drehung in der Aufwärtsspirale der Eskalation. Dieser Aufruf zum Krieg stellt eine völlig neue Qualität im Bereich der internationalen Beziehungen im Kontext des Bergkarabach-Konflikts dar! Umgehend hatte Frankreichs Präsident Macron darauf reagiert und dem traditionell freundschaftlich verbundenen Armenien Hilfe zugesagt.

An armenischer Seite steht in der Region als wichtigster sicherheitspolitischer Bündnispartner Russland, das schon seit Jahren etwa 5000 Soldaten im nordarmenischen Gyumri stationiert hat. Die kümmern sich seit Jahren um die Sicherung des Luftraums an der armenisch-türkischen Grenze. Diese Konstellation ist Ergebnis eines bilateralen Sicherheitsabkommens zwischen Armenien und der Russischen Föderation. Darüber hinaus existiert ein multilaterales, sicherheitspolitisches Bündnis, der sogenannte „Vertrag über kollektive Sicherheit“. Zu dem gehören neben Armenien auch Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan. Um die darin enthaltenen Mechanismen gegenseitiger Unterstützung in Gang zu setzen, müsste laut Vertrag die Republik Armenien einen offiziellen Antrag an alle Teilnehmer stellen für den Fall, dass armenisches Territorium angegriffen würde. Inwieweit dieses Sicherheitsbündnis in den Konflikt mit involviert wird, muss im Moment offenbleiben. Die armenische Regierung behält sich diese Option aber vor.

## Georgiens schwieriger Balanceakt

Georgien kann von den Konsequenzen in dieser regionalen Konstellation nicht unberührt bleiben. Obwohl de facto kein aktiver Player im Karabach-Konflikt, steht es sicherheitspolitisch buchstäblich zwischen Armenien und Aserbaidschan. Die georgische Politik versucht alles dafür zu tun, als direkter Nachbar beider Konfliktparteien nicht mit hineingezogen zu werden. Georgien sucht nach Wegen, um neutral bleiben zu können. Unmittelbar nach Beginn der Kampfhandlungen haben die Georgier ihren Luftraum für militärische Versorgungsflüge gesperrt. Auch ein Korridor auf dem Landweg von Russland nach Armenien durch Georgien darf seither für militärische Zwecke nicht genutzt werden. So wurde beispielsweise in den ersten Tagen nach Ausbruch dieser Kämpfe in der südgeorgischen Provinz Samtskhe Javakheti, die Grenzen zu Armenien und zur Türkei hat

und in der sehr viele ethnische Armenier leben, ein Konvoi mit humanitären Hilfsgütern für Armenien vom georgischen Zoll aufgehalten. Erst nach langen Verhandlungen zwischen den Außenministerien in Yerevan und Tiflis konnte der Konvoi schließlich passieren, wobei die georgische Seite klarmachte, dass weitere Transporte nicht geduldet würden.

Das notorisch extrem schlechte Verhältnis zwischen Georgien und Russland erschwert bzw. verhindert alle Möglichkeiten, dass Tiflis eventuell als Vermittler in diesem aserbaidisch-armenischen Konflikt agieren könnte. Energiepolitisch hat sich wegen des schlechten Verhältnisses zu Russland Georgien in den letzten Jahren vor allem an das öl- und gasreiche Aserbaidschan gewandt. Georgien könnte es sich nicht leisten, Aserbaidschan in irgendeiner Art zu brüskieren. In militärischer und sicherheitspolitischer Hinsicht sieht sich Georgien in der Region isoliert: `Armenien hat Russland, Aserbaidschan hat die Türkei und Georgien hat keinen` – Sicherheitspartner in der Region. Das ist die sicherheitspolitische Formel georgischer Außenpolitik für die Region! Deshalb werden georgische Politiker nicht müde, ihre Ambitionen auf Mitgliedschaft in der NATO immer wieder anzumahnen. Was das wiederum für die übrige Sicherheitsarchitektur bedeuten würde, muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Gleichwohl hat der georgische Premierminister vor ein paar Tagen den beiden Kriegsparteien angeboten, Tbilisi als neutralen Ort von Verhandlungen nutzen zu können und sich selbst als Vermittler ins Gespräch gebracht.

## Die Einheit des Südkaukasus ist ein Mythos

Wieder einmal zeigt sich: der Südkaukasus kann längst nicht mehr als Einheit betrachtet werden. Gern wird von Politikern und Kommentatoren in Westeuropa die in der Geschichte begründete kulturelle und wirtschaftspolitische Einheit des Südkaukasus auch für die Gegenwart beschworen. Das war schon am Beginn des Jahrtausends eine ziemlich fragile Angelegenheit, als Entwicklungshilfeprogramme unterschiedlichster Art organisiert wurden. Aber 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion, in deren Zeit viele Widersprüche und unterschiedlichste Interessen der einzelnen Südkaukasusländer durch die imperiale Klammer verdeckt wurden, sind derlei Vorstellungen allzu romantisch und politisch fast schon wirklichkeitsfremd! Nur religiöse und kulturelle Traditionen als alleinige Ursachen für die Konflikte zu bemühen geht ebenso fehl wie die Annahme, Aserbaidschan und Armenien seien in diesem Konflikt ausschließlich als Objekte oder Figuren eines geopolitisch motivierten Schachspiels der regionalen Großmächte zu sehen. Natürlich sind derlei Konstellationen immer mit zu berücksichtigen. So pflegt das schiitisch muslimische Aserbaidschan beste Beziehungen zur sunnitischen Türkei. Darüber hinaus bestehen zwischen Aserbaidschan und Israel gute Wirtschaftsbeziehungen, was auch in diesem Krieg im Südkaukasus von einiger Relevanz ist, weil beispielsweise moderne Drohnen aus Israel in den laufenden Kampfhandlungen gegen Armenien zum Einsatz kommen. Das christliche Armenien hingegen sieht im Iran einen strategischen Partner. Das Mullah-Regime wiederum ist seinerseits bei jedem Aufbrechen dieses Konflikts auf den Plan gerufen, weil im Iran bis zu 20 Millionen ethnische Aserbaidschaner leben.

## „Territoriale Integrität“ versus „Ethnische Selbstbestimmung“ – Reizwörter der Propaganda

Wie sensibel auch "Dritte" allein mit einzelnen Begriffen und Termini umgehen müssen, zeigen Reaktionen auf Wortmeldungen des ehemaligen georgischen Präsidenten M. Saakashvili. Eigentlich rief er von der Ukraine aus zum Ende der Kampfhandlungen auf, beschwor eine friedliche Südkaukasus-Region und verwies auf die drei Länder des Baltikums, die wiederum für die drei Südkaukasusländer als Vorbild dienen könnten. Aber in diesem Statement sagte er auch unmissverständlich, Bergkarabach gehöre zu Aserbaidschan, „...und daran sei nichts zu ändern...“. In Armenien löste dieses Statement einen massenhaften Protest in den sozialen Medien aus. Auf Empfehlung des armenischen

Bildungsministers wurde Saakashvili wegen dieser Äußerung umgehend dessen Ehrendokortitel der Staatlichen Universität Yerevan aberkannt. In einem weiteren Statement postulierte er unmissverständlich, dass sich bei diesem Konflikt alle Georgier an die Seite Aserbaidshans stellen müssten! Er begründete dies mit Blick auf die Situation in der Ostukraine, wo es nach dieser Lesart ebenfalls ausschließlich um einen Territorialkonflikt ginge. Aber natürlich dürfte Saakashvili gewiss auch die Situation in Georgien im Auge gehabt haben. Denn der für Georgien noch viel näherliegende Grund, sich im Karabach-Konflikt der aserbaidshanischen Lesart anzuschließen, ist natürlich bei den Konflikten um die Provinzen Abchasien und Südossetien zu suchen. Beide befinden sich auf georgischem Territorium und sind seit dem Augustkrieg 2008 von russischen Truppen okkupiert. Das sind etwa 20 Prozent der Gesamtfläche Georgiens. Aus Sicht der Georgier handele es sich dabei ausschließlich um einen Territorialkonflikt zwischen Georgien und Russland. Prinzipiell argumentieren so die Aserbaidshaner mit Blick auf die Karabach-Region.

Armenien wiederum sieht Bergkarabach als traditionell armenisches Gebiet an, weil es seit Jahrhunderten oder gar seit „Urzeiten“ überwiegend von Armeniern bewohnt wurde. „Territoriale Integrität“ und „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ gelten seit Jahrzehnten in den jeweiligen nationalen Narrativen als diametral entgegengesetzte Kategorien. Im politischen Tagesgeschäft sind es die Reizwörter, auf die jede Äußerung oder Pressemitteilung "Dritter" geprüft wird.

## **Omnipräsenz geopolitischer Erklärungen verdeckt wesentliche Ursachen des Konflikts**

Zweifellos spielen in dieser Konstellation Russland und die Türkei wichtige Rollen bei einer möglichen Lösung des Konflikts. Ohne deren Beteiligung dürfte ein nachhaltiger Frieden kaum möglich. Darüber hinaus ist es seit Ausbruch der jetzt laufenden Kampfhandlungen nicht mehr unwahrscheinlich, dass zusätzlich der Iran künftig noch mehr involviert werden könnte. Auch das zeigt die neue „Qualität“ des gegenwärtigen Krieges. Zeitweise wurden massive Panzerkonzentrationen iranischer Streitkräfte an dessen Grenze zu Aserbaidshan beobachtet, nachdem zu Beginn der Kämpfe Geschosse der aserbaidshanischen Streitkräfte – versehentlich, wie es hieß – auf iranischem Territorium einschlugen. Außerdem will es Iran laut einer Erklärung des dortigen Außenministeriums nicht hinnehmen, dass sich an dessen Nordgrenze, auf aserbaidshanischem Territorium, Söldner aus Syrien und Libyen aufhalten. Deshalb ist es schwer vorstellbar, dass der Iran Verhandlungen über diesen Konflikt einfach nur der Türkei und Russland überlassen würde. Russland wiederum würde beide gern außen vorlassen.

Zwar drängt Russland derzeit am nachhaltigsten auf eine sofortige Beendigung der Kampfhandlungen und fordert dezidiert ein „bedingungsloses Ende“. Aber es zeigt sich immer mehr: Moskau hat längst nicht alles „im Griff“! Russlands Forderungen nach „bedingungslosem Waffenstillstand“ konnte nicht durchgesetzt werden. Was viele geopolitisch argumentierende Experten vergessen: bereits 1994, am Ende des ersten großen Krieges um Bergkarabach, stand die Entsendung einer 4.000 Mann starken Friedenstruppe aus der Russischen Föderation nach Bergkarabach zur Diskussion. Aber die beiden Hauptakteure Aserbaidshan und Armenien lehnten dies ab! Aseris und Armenier teilen in diesem Konflikt nur eine Gemeinsamkeit. Eine endgültige Lösung des Problems sollte nicht durch Russland herbeigeführt werden. Die EU und OSZE waren 1994/5 bereits mit den Konflikten in Jugoslawien befasst. Westeuropa und die USA beruhigten sich bei Bergkarabach mit dem Status des „frozen conflict“. Aus der ursprünglich geplanten, mit „robustem“ Mandat ausgestatteten Friedenstruppe wurde nichts! Es blieben ganze sechs (!) OSZE-Beobachter übrig, die fast 180 Kilometer Grenze inspizieren dürfen – allerdings nur nach Absprache mit beiden Kriegsparteien. Heute sind beide Seiten hochgerüstet, wobei Aserbaidshan quantitativ über das Mehrfache der Möglichkeiten Armeniens verfügt.

## Konfliktparteien mit eigenständiger Agenda

Offenkundig sind die jetzigen Kampfhandlungen klar von Aserbaidschan ausgelöst worden. Aber Russland, obwohl sicherheitspolitisch vertraglich stärker an Armenien gebunden, will im Moment keine klare Antwort auf die Frage geben, wer an dieser massiven Eskalation schuld ist. Ob es bei der Bewertung des Gesamtkonflikts durch andere relevante Akteure der internationalen Gemeinschaft überhaupt möglich ist, eindeutig Schuld oder Unschuld zu fixieren, ist sehr zu bezweifeln. Denn internationale Kommentatoren schließen sich in der Regel jeweils einem der nationalen Narrative an. Und die sind auf der Basis „entweder“ – „oder“ gebaut. „Sowohl“ als auch ist nicht vorgesehen. Auch die Europäische Union ist hier tief gespalten. Allein die Konstellation, dass sich Frankreich klar an die Seite Armeniens stellt und beispielsweise Italien stets Partei für Aserbaidschan ergreift, zeigt das Dilemma. Brüssel ist in solch einer Konstellation nahezu handlungsunfähig!

Und solange sich der Diskurs ausschließlich in der Konstellation entweder "Territorialprinzip" oder "Selbstbestimmung" bewegt, sind Kompromisse kaum zu erreichen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die große Geopolitik allein nicht ausreicht, um den Konflikt zu erklären und schon gar nicht, diesen zu lösen.

Die Omnipräsenz geopolitischer Erklärungen verdrängt im Fall Bergkarabach allzu sehr indigene Ursachen. Die Schlüssel zur Lösung des Konflikts um Bergkarabach liegen nicht nur in Ankara, Moskau oder neuerdings in Teheran. Sie liegen auch in Baku und Yerevan selbst! Internationale Vermittler müssten viel stärker in den Blick nehmen, dass Aserbaidschaner und Armenier nicht nur Objekte bzw. Bauernopfer im geostrategischen „big game“ sind, sondern selbständig handelnde Subjekte. Die große Geopolitik erklärt vieles, aber längst nicht alles! Für die Republik Armenien ist der Schutz der Unabhängigkeit und mithin die Gewährung der Sicherheit der von Armeniern bewohnten Provinz Bergkarabach ebenso konstitutiv wie es für Aserbaidschan die territoriale Integrität des Landes ist. Die Grenzziehungen wurden in der Sowjetzeit vorgenommen und entsprachen den bolschewistischen Vorstellungen von der Organisation ihres Imperiums!

## Die Rückkehr der Geschichte als erinnerungspolitische Farce

Die Positionen der beiden bis ins Mark verfeindeten ehemaligen Sowjetrepubliken Aserbaidschan und Armenien haben sich in den letzten 30 Jahren weiterhin radikalisiert und verfestigt, dass es völlig unzureichend bzw. unmöglich zu sein scheint, mit den sonst üblichen Maßstäben der „territorialen Integrität“ oder des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ zu argumentieren. Diese im Völkerrecht nebeneinanderstehenden Positionen werden wechselseitig nur noch als eine Art von „Totschlagargumenten“ wahrgenommen und sind weit davon entfernt, den jeweils anderen von dessen Unrecht zu überzeugen oder dem auch nur einige Kompromisse abzurufen. Beide Seiten bemühen stattdessen vielmehr die Geschichte, um argumentativ aufzurüsten. Und der argumentativen Aufrüstung folgt der Waffengang, wie seit fast drei Wochen wieder zu erleben ist und sich seit drei Jahrzehnten ständig wiederholt.

Im Februar 2020 trafen sich der armenische Premierminister N. Pashinyan und der aserbaidschanische Präsident I. Aliyew während der Münchener Sicherheitskonferenz. In einem Nebensaal der Sicherheitskonferenz lief das ab, was seit mehr als 30 Jahren gewissermaßen als rhetorische Vorbereitung immer wieder praktiziert wird. Michael Thumann wies neulich in einem Zeit-Artikel auf diese Episode hin. Aliyew ging in seinen Ausführungen gut 200 Jahre zurück und verwies auf den Vertrag von Kürekçay, auf dessen Basis das Khanat Bergkarabach im Jahre 1805 an das Russische Zarenreich übergeben wurde. Und weil in diesem Vertrag von Armeniern keine Rede gewesen sei, wähnte sich I. Aliyew rhetorisch in der Vorhand. Allein an diesem Beispiel sei zu erkennen, so der aserbaidschanische Präsident, dass Bergkarabach heute nicht zu Armenien gehören könne.

Der armenische Premierminister konterte bei dieser Gelegenheit mit der Antike! Bei den Verhandlungen zwischen dem römischen Feldherrn Pompeius und dem Armenierkönig Tigran II. im Jahr 66 v. Chr. habe niemand „...auch nur eine entfernte Ahnung...“ von Aserbaidschan gehabt. Das sei ein Beleg dafür, dass Armeniern ganz klar der erste Zugriff auf die heute umkämpften Territorien zustehe... In dieser Weise wird offiziell und ganz ernsthaft argumentiert! Es ist zwar nicht neu, dass Geschichte Teil hybrider Kriegsführung geworden ist. Aber es reicht auch nicht, dies als reine Propaganda abzutun, zu der die beiden Kriegsparteien von den Großmächten angestachelt würden. Das ist nicht der Fall! Die Fundierung der jeweiligen staatlichen Narrative mit Geschichte sollte ernstgenommen werden.

Bemerkenswert ist, dass die unmittelbar vorausgegangene, gemeinsame sowjetische Geschichte dabei nur eine untergeordnete Rolle spielt, obwohl gerade politische Entscheidungen aus dieser Zeit heute besonders wirkmächtig sind! Man denke nur an manche zum Teil willkürlichen Grenzziehungen bei der Organisation des Sowjetimperiums. Es fiel in Stalins Zuständigkeitsbereich, als das überwiegend von Armeniern bewohnte Bergkarabach der Sowjetrepublik Aserbaidschan angegliedert wurde.

## Geschichte und hybride Kriegsführung

In Armenien und Aserbaidschan lebt heute jeweils eine Generation von jungen Leuten, die keinen persönlichen Bezug mehr zur Sowjetunion hat. Bei der Schulbildung spielt, ähnlich wie in einigen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, auch bei den Nationen des Südkaukasus der Rückgriff auf die vorimperiale, mittelalterliche oder gar antike Geschichte eine viel größere Rolle bei der Formulierung erinnerungspolitischer Narrative. Der Beginn der neuzeitlichen Nation wird transferiert in zum Teil mythische Vorzeiten. In den jeweiligen Geschichtsbüchern der Schulen werden heutige nationale Grenzen hemmungslos auf antike und mittelalterliche Karten gelegt und der Eindruck suggeriert, diese 1991 neu oder wieder entstandenen Nationen seien deckungsgleich mit den fragilen Herrschaftsterritorien von vor mehreren hundert Jahren oder noch älteren staatlichen Gebilden.

Aber die Zukunft in der Vergangenheit zu verorten war aus Sicht der Politiker ein bisher erfolgreiches volkspädagogisches Konzept, um die jungen Menschen emotional an die jeweilige Nation zu binden. Das sind jedoch weitestgehend eigenständige Entwicklungen. 20- oder 30-jährige Armenier brauchen keine russische Propaganda, um beim Stichwort „Bergkarabach“ reflexartig auf die jahrhundertealte armenische Besiedlung dieses Gebiets hinzuweisen und die ethnisch-territoriale Zukunft der Region eben genau mit dieser Vergangenheit zu legitimieren. Deren aserbaidchanische Altersgenossen wiederum warten nicht erst auf Einflüsterungen aus der Türkei, um genauso reflexartig die angeblich noch viel ältere, „aserbaidchanische“ Besiedlung des Landstrichs zu postulieren.

Wer das bessere Lexikon hat, wähnt sich als Sieger im Propaganda-Krieg! Derart "geschult" sieht auch der Großteil der jungen Generation(en) auf beiden Seiten keinen Raum für Kompromisse. Das ist eine besondere Tragik im Bergkarabach-Konflikt und lastet schwer auf allen Vermittlungsversuchen. Die politischen Akteure der zum Teil über Nacht proklamierten Nationen unmittelbar nach der Auflösung des Sowjetimperiums meinten genau zu wissen, wo deren Ursprünge liegen, nämlich ausschließlich in der vorimperialen, teils sogar mythischen Vergangenheit. Man könnte auch sagen: diese Nationen wurden ausschließlich historisch-philologisch begründet und nicht politisch-philosophisch mit Blick darauf, wie eine moderne Verfassung den Umstand berücksichtigen müsste, dass ein Staatsgebiet multiethnisch besiedelt ist. Das ist ein massiver Webfehler in diesem südkaukasischen Nationentepich. Die Sowjetunion löste sich zwar 1991 auf. Aber die jeweiligen nationalen Narrative orientierten sich bewusst oder unbewusst an der sowjetischen Nationalitätenpolitik, die viele Widersprüche aufwies. Man bediente sich Anfang der 1990er Jahre jeweils der Prinzipien, die einem gerade genehm waren. Im Falle Bergkarabachs berufen sich heute die Aserbaidchaner auf die von den Bolschewiki gezogenen Grenzen der

Aserbaidsschaischen Sowjetrepublik. Das Argument „Territorialprinzip“ nährt sich aus der sowjetischen Grenzziehung. Aus dem Autonomiestatus der auf diesem Territorium gelegenen, schon damals überwiegend von Armeniern bewohnten Enklave Bergkarabach beziehen die Armenier das Recht, dass dies heute ein selbständiger Staat sein müsse. Nur ein eigenständiger Staat für die dort lebenden Armenier könne den Bewohnern ausreichenden Schutz bieten – ein Argument, das nach den Erfahrungen der Armenier im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts durchaus nachvollziehbar ist.

## Ethnoterritoriale Narrative und imperialer Zusammenbruch

Es ist nicht völlig klar, warum das auch in der Sowjetzeit überwiegend von Armeniern bewohnte Bergkarabach der Sowjetrepublik Aserbaidsschan zugeschlagen wurde, allerdings im Status einer autonomen Region. Nicht nur, aber auch ganz pragmatische Gründe dürften dabei eine Rolle gespielt haben. Aus Sicht der Moskauer Zentralregierung ließ sich so die administrative Organisation der Gesamtregion optimieren, weil die Verkehrsinfrastruktur eher von Bergkarabach nach Baku und nicht nach Yerevan führte. Die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur von Bergkarabach Richtung Yerevan wurde allerdings auch nicht befördert. Gleichwohl hatte die sowjetische Nationalitätenpolitik immer zwei Elemente im Fokus: ethnisch begründete Einheiten in Form von Republiken oder autonome Gebieten einerseits und die imperiale „Klammer“ der Sowjetunion andererseits.

Der Mehrheit der Bewohner Bergkarabachs wurde deren ethnische Zugehörigkeit als christlich geprägte Armenier somit nicht streitig gemacht. Letztendlich aber waren sie mit den in der unmittelbaren Nachbarschaft lebenden muslimischen Aserbaidsschanern gemeinsam eben Sowjetbürger. Somit konnten die heute immer wieder ins Feld geführten Prinzipien „territoriale Integrität“ und „ethnische Selbstbestimmung“ eine ganze Zeitlang aufeinander abgestimmt werden. Durchaus vorhandene ethnoterritoriale Spannungen zwischen Aseris und Armeniern wurden durch die imperiale Klammer eingehegt. Letzteres entfiel mit der Implosion der Sowjetunion.

Für die 40-50 Tausend Opfer des Konflikts um Bergkarabach Anfang der 1990er Jahre, Aseris und Armenier, endete der Zerfall der Sowjetunion somit in einer Katastrophe! Gegenseitige Massaker seit Ende der 1980er Jahre sind heute genauso Bestandteile der beiden nationalen Narrative wie der Rückgriff auf die Geschichte seit der Antike – Russland hin, Türkei her!

## Der fragile Status von Bergkarabach

In der Nationalversammlung in Yerevan wurde vor knapp drei Wochen, unmittelbar nach Ausbruch der neuen Kampfhandlungen, darüber diskutiert, ob die Republik Armenien offiziell Bergkarabach als eigenständigen Staat anerkennen solle. Dies war bisher nicht der Fall! Die Nichtanerkennung erklärt sich vor allem aus der spezifischen militärstrategischen Situation. Bergkarabach ist ja eine Enklave in Aserbaidsschan.

Wie man am Fall Bergkarabach sieht, stehen sich diese beiden Prinzipien heute offenkundig diametral gegenüber. Armenische Streitkräfte halten seit Jahren insgesamt sieben an Bergkarabach grenzende aserbaidsschaische Provinzen besetzt, welche als sicherheitspolitische und militärische Pufferzonen dem eigentlichen Streitgebiet vorgelagert sind.

So will die Republik Armenien sicherstellen, dass die Armenier in Bergkarabach vor den Aserbaidsschanern geschützt sind. Eine Anerkennung Bergkarabachs als eigenständigen Staat seitens der Republik Armenien würde diese Konstellation noch viel mehr delegitimieren. Trotzdem wurde im Kontext des erneuten Kriegsausbruchs in der armenischen Nationalversammlung über diesen Schritt diskutiert. Ist das ein Angebot zum

Kompromiss? Es müsste ja letztendlich darauf hinauslaufen, dass die insgesamt sieben aserbaidjanischen Provinzen, die von armenischen Streitkräften als Pufferzone für Bergkarabach besetzt gehalten werden, auch de facto wieder der Kontrolle Bakus unterstellt würden. Auf die erhebt Yerevan auch keinen Anspruch. Ein von allen anerkannter Staat Bergkarabach würde keine Pufferzone benötigen. Dies würde allerdings nur funktionieren, wenn Armenien wirklich glaubhafte Sicherheitsgarantien für die rund 150.000 armenischen Bergkarabacher unterbreitet würden. Nach den Erfahrungen der letzten rund 30 Jahre stellt sich da allerdings die Frage, zu welchem Kompromiss die beiden Konfliktparteien überhaupt noch in der Lage sind. Aus Sicht der Armenier geht es prinzipiell nicht um ein paar Quadratkilometer mehr oder weniger. Nach den Erfahrungen des Völkermords im 20. Jahrhundert geht es bei Armeniern in einer solchen Frage immer um die prinzipielle Existenz ihres Volkes.

Welche wirklich robusten Sicherheitsgarantien für die Armenier in Bergkarabach könnten gegeben werden? Vor allem stellt sich die Frage, wer diese tatsächlich glaubhaft vermitteln könnte.

## Was könnte Deutschland zeitnah tun?

Realistischerweise könnte Deutschland nur im Bereich der Zivilgesellschaft tätig werden bzw. die bereits vorhandenen Aktivitäten massiv verstärken. Die nächste Generation Armenier und Aserbaidjaner sollte nicht mehr Objekt der hybriden Kriegsführung im Rahmen der offiziellen Geschichtspolitik sein. Aber es wäre ein sehr langfristiger Prozess. Man denke beispielsweise an die gemeinsamen Schulbuchprojekte zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.

Ein politikwissenschaftliches oder völkerrechtliches Oberseminar zum Thema „Territoriale Integrität“ und „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ reicht da ganz gewiss nicht aus!

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Thomas Schrapel  
Leiter Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus  
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[thomas.schrapel@kas.de](mailto:thomas.schrapel@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)